

Die Magdeburger CSD-Wochen standen dieses Jahr unter dem Motto „Wählt Liebe“

Regenbogenfahnen gehisst

Sachsen-Anhalt Mit dem traditionellen Hissen der Regenbogenfahnen am Alten Rathaus in Magdeburg wurden die CSD-Aktionswochen eröffnet. Musik und Redebeiträge begleiteten die Zeremonie zur Sichtbarkeit der queeren Community und zum Start der Veranstaltungen. Der Christopher Street Day wurde in Sachsen-Anhalt zum 30. Mal gefeiert.

Höhepunkt der diesjährigen CSD-Aktionswochen waren die Demonstration und das Stadtfest. Letzteres fand erstmals auf dem Domplatz statt. Zwei Wochen vor der Landtagswahl warb der CSD Magdeburg unter dem Motto „Wählt Liebe“. Das sollte ein starkes Zeichen für Akzeptanz, Menschenrechte, Demokratie und eine offene Gesellschaft setzen, denn gerade mit Blick auf die Landtagswahlen wurde deutlich: Queere Rechte sind Menschenrechte – und jede Stimme zählt.

Das abwechslungsreiche Programm der Aktionswochen, die Demonstration und das Stadtfest boten Raum für Austausch, Informationen, Kultur, Bewegung, Feiern und gemeinsames Engagement.

Nach dem Anschlag auf den CSD in Berlin lag das Augenmerk in Magdeburg besonders auf der Sicherheit. Die Sicherheitsmaßnahmen waren deshalb sichtlich erhöht worden. Mehrere Hundert Polizist*innen schützten die CSD-Veranstaltungen, darunter auch Unterstützungskräfte aus Berlin. Der Domplatz war zusätzlich mit schweren mobilen Sperrelementen gesichert worden.



alle Fotos: Monika Lück

Das traditionelle Hissen der Regenbogenflaggen am Alten Rathaus in Magdeburg eröffnete die CSD-Aktionswochen.



Besucher*innen auf der Auftaktveranstaltung.

Der DGB war vor den Landtagswahlen auf Tour in Sachsen-Anhalt

Für Demokratie und Sozialstaat

Sachsen-Anhalt Im Vorfeld der Landtagswahl beteiligte sich der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt an der landesweiten Tour für Demokratie und Sozialstaat des DGB, gemeinsam mit ver.di, der verd.di Jugend, den Omas gegen Rechts und dem CSD Stendal.

„Der SoVD-Landesverband Mitteldeutschland ist Mitglied im Landesfrauenrat, und daher habe ich als Landesfrauensprecherin an der Veranstaltung in Stendal teilgenommen“, berichtet Monika Lück.

Mit einer Hocker-Aktion zur paritätischen Besetzung des Landtages wollte der Landesfrauenrat auf die nach wie vor unzureichende Repräsentanz von Frauen in politischen Parlamenten und Gremien aufmerksam und die Forderung nach gleichberechtigter politischer Teilhabe sichtbar machen. Dar-



Foto: Monika Lück

Fortsetzung auf Seite 12

Auch in Stendal machte die landesweite DGB-Tour Station.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und leerer Sozialkassen müssen schnellstmöglich zwei grundlegende Dinge passieren:

Erstens: eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen entsprechend ihrem Wohlstandes einzahlen.

Zweitens: Eine gerechte Entlohnung der Gesundheitsbehandlung, die sich nach dem individuellen Arbeitsaufwand richtet und nicht einem ungerichten und artifiziellen Punktesystem folgt, was zu sinnloser Therapie und Überdiagnostik führt.

Wer da meint, das sei mit den von der Bundesregierung beschlossenen Reformchen zu realisieren, dürfte sich gewaltig irren.

Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab Tag eins – echt jetzt? Ein solcher Eingriff in das alltägliche Leben jeder Person nur wegen ein paar Zehntelprozent Stimmen aus dem wirtschaftsliberalen Mittelstand? Ist das diese ganze Diskussion und diesen ganzen Unmut wert? Tausendfach geteilte Memes „Krankschreibung bis Ende Merz“ nur für das Wohlwollen einer sehr kleinen Wähler*innengruppe, die der Union dank der Bedeutungslosigkeit der FDP doch sowieso sicher sein sollte. Mal ganz abgesehen von dem Zuwachs an Bürokratie für alle größeren Unternehmen.

Wie sollen die sowieso schon komplett überlasteten hausärztlichen Praxen das schaffen? Sollen sich noch mehr hochinfektiöse Erkrankte in das übervolle Wartezimmer quetschen und dann bisher noch nicht infizierte Personen anstecken? Gerade die ersten zwei bis drei Tage einer viralen Infektion der Atemwege sollten bestenfalls zu Hause verbracht werden, um andere Mitmenschen zu schützen. Diese hoch ansteckenden grippigen oder gastroenteritischen Patient*innen sollten, sofern nicht nötig, bitte nicht die ärztlichen Praxen oder Notdienste aufsuchen und erst recht nicht auf ihrem Arbeitsplatz erscheinen.

Kleinere Praxen werden das Mehraufkommen an Patient*innen in der Akutprechstunde nicht kompensieren und auch personell keine Video- oder Telefonsprechstunde zusätzlich anbieten können. Aus rein medizinischer Sicht sind Anamnese und Untersuchung an Tag drei oder später viel zielführender als an Tag eins, wo sich die klinische Situation der Erkrankten unter anderem durch die akut hochgefährliche Immunantwort oft sehr unspezifisch darstellt. Das ist eine Binsenweisheit! Sollen sich diese Personen dann zwei Tage später nochmals vorstellen?

Viel drängender als diese klientelpolitisch motivierte Diskussion sind doch strukturelle Verbesserungen unseres Gesundheitssystems! Anstatt undurchsichtige Sparmaßnahmen durchzuboxen, wären tiefgreifende und nachhaltige Reformen wichtiger. So bleibt unverstündlich, warum Patient*innen stationär in ein Krankenhaus einbestellt werden, um am folgenden Tag sich einer Operation zu unterziehen, welche nicht zur Durchführung kommt, und der*die Patient*in muss starke Schmerzen aushaltend weitere zehn Tage abwarten, bis dann endlich der Startschuss für den operativen Eingriff gegeben wird.

Der vergleichende Blick in andere Länder der EU lohnt sich und lässt nur einen Schluss zu. Wir gönnen uns das teuerste Gesundheitssystem Europas und liegen bei den Krankenhausbetten und Ärzt*innenbesuchen pro Kopf in der Spitzengruppe, dennoch haben wir nicht die gesündesten Bürger*innen Europas. Um diese Situation zu verbessern, ist ein großer Wumms alternativlos.

Sollte es weiterhin nur bei Sparmaßnahmen bleiben und sollten keine strukturellen Reformen erfolgen, ist ein Kollaps des gesamten Gesundheitssystems zu befürchten. Dann hilft die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab Tag eins oder später auch niemandem mehr.



Joachim Heinrich

**Joachim Heinrich,
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses**

DGB war vor den Wahlen auf Tour in Sachsen-Anhalt

Für den Sozialstaat

Fortsetzung von Seite 11

über hinaus war der Landesfrauenrat mit Infomaterial und einem eigenen Stand präsent.

„Gemeinsam für sichere Arbeit, Demokratie und einen starken Sozialstaat. Gemeinsam für ein stabiles, vielfältiges Sachsen-Anhalt!“ war das Motto der Tour. Es gab Redebeiträge, Musik vom Duo „Handgemacht“ und vielfältige Gespräche. Es wurde deutlich: Sichere Arbeit, ein starker Sozialstaat, Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft gehören zusammen.



alle Fotos: Monika Lück

Für die Musik sorgte das Duo „Handgemacht“.

Gerade vor dieser Landtagswahl war es wichtig, sichtbar zu machen, dass es in Sachsen-Anhalt keinen Platz für Rassismus geben darf. Die Teilnehmer*innen waren sich einig: „Wir überlassen unsere Demokratie nicht denen, die ausgrenzen, spalten und Menschen gegeneinander ausspielen wollen.“



Neben dem DGB informierten auch andere lokale Organisationen.



Die Mitglieder ließen sich das Grillgut und später Kaffee und Kuchen schmecken.



Der Kreisverband Wernigerode lud zu seinem 12. Sommerfest ein

Eine schöne Tradition im SoVD

Sachsen-Anhalt Unter dem SoVD-Motto „Gemeinsam statt einsam“ hatte der Vorstand des Kreisverbandes Wernigerode zum jährlich stattfindenden Sommerfest am 4. August eingeladen. Diese Tradition jährte sich zum zwölften Mal.

Die 1. Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius begrüßte im Namen des gesamten Vorstandes die Mitglieder, bevor die „Grillmeister“ Rüdiger Köllner und Knut Kamann den Grill mit leckeren Würstchen, Hähnchenscheiben und Steaks belegten. Dazu gab es Kartoffelsalat, Baguettes und Obst.

Bei und nach dem Verzehr nutzten die Mitglieder die Gelegenheit, mit allen ins Gespräch zu kommen, und es wurden Urlaubsberichte ausgetauscht.

Mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken ging das Sommerfest

gemütlich und entspannt zu Ende. Es gab sieben verschiedene Sorten Kuchen, den fleißigen Mitglieder selbst gebacken hatten.

Ein besonderer Dank gilt Christoph Kath von der Freimaurerloge „Zum starken Licht am Brocken“, der zum wiederholten Male die Räumlichkeiten der Loge für den SoVD Wernigerode zur Verfügung stellte.

„Ein ebenso herzliches Dankeschön geht an unseren Vorstand, der mit viel Liebe und Hingabe das Sommerfest organisierte und durchführte“,

so Jungtorius. „Unser Motto ‚Gemeinsam statt einsam‘ wird die Arbeit des Kreisverbandes Wernigerode auch in Zukunft im Interesse unserer Mitglieder bestimmen.“



Kreisverband Wernigerode

7. Oktober: Tagesfahrt durch den Harz. Nähere Infos bei der Anmeldung (ab 20. September) unter Tel.: 03943/63 26 31.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, dritte Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: jeden Montag und Donnerstag 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreis-

vorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine gibt es über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gentin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0151/21 89 64 57 oder Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, jeden letzten Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden ersten Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410

Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–18 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Am Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Rostock überzeugt mit seinen vielfältigen Angeboten immer mehr Menschen in der Region

SoVD Rostock begrüßt das 1.000. Mitglied

Große Freude herrscht beim SoVD Rostock, denn der Kreisverband hat offiziell die magische Grenze von 1.000 Mitgliedern überschritten. Diese starke Gemeinschaft zeigt, wie wichtig soziale Unterstützung und echte Solidarität direkt vor Ort sind.

„Wir sind unglaublich stolz auf diesen Zuwachs“, sagt der 1. Kreisvorsitzende Uwe Wernicke. „Dass uns so viele Menschen ihr Vertrauen schenken, bestätigt unsere Arbeit. Es zeigt aber auch, dass der Bedarf an sozialer Beratung und Gemeinschaft in unserer Gesellschaft immer größer wird.“

Der Kreisverband hat sein gestecktes Ziel 2026 erreicht. Es gibt jetzt 1.000 Mitglieder im Kreisverband. Diese Zahl spricht für sich, und der Name SoVD bedeutet etwas. Es spricht sich in Rostock, Bad Doberan und Nord Vorpommern herum, dass der SoVD mit seiner Sozialrechtsberatung dort geholfen hat und weiterhin hilft. Ob es um die EU-Rente, den Grad der Behinderung oder um Patienten- oder Betreuungsverfügung geht – der SoVD ist an der Seite seiner Mitglieder. Die Vorstandsmitglieder investieren

viel persönliche Freizeit, um auf dem neuesten Stand der Sozialrechtsprechung zu sein. Der Terminkalender ist gefüllt mit Anfragen zur Hilfe.

Der SoVD Rostock möchte, dass ältere Mitglieder noch am Leben teilnehmen können. Dazu dienen auch die Ausflüge. Sie sind auch zum Kennenlernen gedacht und eine Gelegenheit, niedrigschwellig Probleme anzusprechen. Oft werden auf solchen Veranstaltungen schon erste Schritte eingeleitet, um zu helfen. Am 16. Juli gab es zum Beispiel einen Ausflug nach Stralsund ins Meeresmuseum. Im Brauhaus der Störtebeker Brauerei machte sich der Vorstand Notizen, was die Mitglieder bewegt, oder es wurden an Ort und Stelle Termine vereinbart.

Wernicke hebt hervor: „Von Vorteil ist, dass wir auf dem gleichen Flur mit dem Lan-

desverband unser Büro haben. Wenn es dringende Fragen gibt, können wir diese manchmal gleich unseren kompetenten Rechtsanwält*innen stellen. Für unsere Mitglieder ist eine solche enge Zusammenarbeit von Vorteil. Manche Probleme lassen sich auf kurzen Wegen lösen.“

Der Kreisverband hat sein Netzwerk erweitert und Kontakte zum Verein Feierabend.de geknüpft. Da einige SoVD-Mitglieder auch dort organisiert sind, arbeiten sie übergreifend zusammen. SoVD-Mitglieder werden zum Beispiel zu den Veranstaltungen eingeladen. Im Oktober ist eine Veranstaltung mit der Polizei über Einzeltrickbetrüger*innen geplant.

Zu Fragen der Pflege nutzt der SoVD die Kontakte zur Pflegeeinrichtung „Zum Glück“ in der Südstadt Rostock. Dort arbeitet er beim Pflegestammtisch mit



Kreisvorsitzender Uwe Wernicke (hier bei der Weihnachtsfeier 2025, Mitte) ist stolz auf wachsende Mitgliederzahl.

und bekommt dabei viele Infos aus dem Bereich mit, zum Beispiel, wie man einen Antrag auf Pflegegrad stellt, was beim Besuch des Medizinischen Dienstes zu beachten ist und wo man Hilfe bekommt, wenn das Geld nicht reicht. Derartige Fragen bewegen auch die SoVD-Mitglieder.

Durch solche Netzwerke ge-

winnt der SoVD an Bekanntheit. Für die Zukunft sieht sich der Regionalverband bestens gerüstet. Mit 1.000 Mitgliedern im Rücken will der Vorstand der Stimme der sozialen Gerechtigkeit in der Region noch mehr Gehör verschaffen. Interessierte Bürger*innen sind jederzeit willkommen, sich der Gemeinschaft anzuschließen.

Der Auto Club Europa (ACE) klärt über Vorschriften zur Ausrüstung in anderen europäischen Ländern auf

Oft ist eine Warnweste im Ausland Pflicht

In Deutschland genügt es, eine Warnweste im Auto mitzuführen. In zahlreichen anderen europäischen Ländern gehen die Vorschriften deutlich weiter. Der ACE gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Regelungen in Europa, inklusive einer entsprechenden Infografik.

Für in Deutschland zugelassene Pkw gilt eine Mitföhrpflicht: Mindestens eine Warnweste muss sich im Fahrzeug befinden. Sie sollte der aktuell gültigen Norm EN ISO 20 471:2013 entsprechen. Eine gesetzliche Verpflichtung, die Weste bei einer Panne oder einem Unfall tatsächlich anzuziehen, besteht in Deutschland nicht. Der ACE empfiehlt dennoch, für jede Person im Fahrzeug eine eigene Warnweste mitzuführen und diese bei Panne oder Unfall vor dem Verlassen des Fahrzeuges anzulegen. So sind alle Insass*innen insbesondere am Fahrbahnrand oder auf der Fahrbahn deutlich besser sichtbar.

Für Motorräder und Fahrräder besteht hierzulande keine Mitföhrpflicht. Auch dort ist das Tragen einer Warnweste jedoch sinnvoll, um die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen – nicht nur bei Dunkelheit oder schlechten Sichtverhältnissen.

Die Vorschriften rund um Warnwesten unterscheiden sich innerhalb Europas erheblich. Vergleichsweise weitreichende Regelungen gibt es unter anderem in Frankreich und Ungarn. In Frankreich muss sowohl im Auto als auch auf dem Motorrad mindestens eine Warnweste vorhanden sein. Müssen nach einer Panne oder einem Unfall mehrere Insass*innen die Fahrbahn betreten, haben alle zuvor eine Warnweste anzulegen. Auch Radfahrende sind außerorts bei Dunkelheit oder schlechter Sicht zum Tragen einer Warnweste verpflichtet. Noch umfassender sind die Vorgaben in Ungarn: Dort gilt die Pflicht bei schlechten Sichtverhältnissen außerhalb geschlossener Ortschaften auch für Personen, die zu Fuß auf der Straße unterwegs sind.

In den meisten europäischen Ländern mit einer Tragepflicht müssen bei einer

Panne oder einem Unfall alle Fahrzeuginsass*innen eine Warnweste anlegen. Selbst wenn die jeweilige Vorschrift nur den oder die Fahrer*in betrifft, empfiehlt der ACE, dass sich alle Mitfahrenden mit einer Warnweste sichtbarer machen.

Auch in beliebten Urlaubsländern gibt es Besonderheiten: In Spanien muss die Warnweste griffbereit im Fahrzeug aufbewahrt werden. In Österreich müssen Fahrer*innen mehrspuriger Kraftfahrzeuge auf Autobahnen und Landstraßen die Warnweste anlegen, bevor sie das Fahrzeug verlassen. Die Regelung gilt beispielsweise auch für Quads, Microcars und Zugmaschinen. In Italien besteht eine Tragepflicht für alle Personen, die das Fahrzeug verlassen. Auch Radfahrende müssen dort nachts außerhalb geschlossener Ortschaften sowie in Tunneln eine Warnweste tragen.

In einigen Ländern sind die



Grafik: ACE

Eine Warnweste muss man im Ausland mindestens dabei haben.

Vorgaben für Reisende aus Deutschland weniger weitreichend. So gelten die Warnwestenpflichten in Norwegen und Portugal nur für Fahrzeuge, die im jeweiligen Land zugelassen sind – beispielsweise dort angemietete Fahrzeuge. Auch in weiteren Ländern können Mitföhr-

und Tragepflicht unterschiedlich ausgestaltet sein.

In Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Irland und der Schweiz gibt es hingegen keine gesetzliche Warnwestenpflicht. Dort wird das Tragen einer Warnweste lediglich empfohlen.

Quelle: ACE

Kreisverband Schwerin baut seine Mitwirkung in der Gemeinde weiter aus und steigert seine Bekanntheit

SoVD in zwei weiteren Gremien vertreten

Juli und August – eigentlich die klassischen Monate für eine wohlverdiente Sommerpause. Auch beim SoVD-Kreisverband Schwerin sollte es 2026 etwas ruhiger zugehen. Doch von Pause konnte in diesem Sommer kaum die Rede sein. Der Kreisverband nutzte die Gelegenheit, sich einzumischen, zuzuhören, neue Kontakte zu knüpfen und wichtige Aufgaben für die Zukunft zu übernehmen.

Los ging es beim Sommer-Sonnen-Fest im Haus der Begegnung. Als Mitglied des Hauses beteiligte sich der SoVD natürlich an der Veranstaltung. Eröffnet wurde es vom neuen Vorsitzenden des Hauses der Begegnung, Marco Rauch. Diesmal standen Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt

Mit der Aktion „Mein Schwerin – Wünsche-Wand“ wollte der Kreisverband erfahren, was die junge Generation bewegt: Was wünschen sich Kinder und Jugendliche von ihrer Stadt? Was fehlt in Schwerin? Was sollte sich verändern? Und was macht eine Stadt eigentlich lebenswert? Statt über junge Menschen zu reden, wurde ihnen zugehört.

Die Besucher*innen konnten ihre Wünsche aufschreiben und an der Wünsche-Wand hinterlassen. Als kleine Belohnung

gab es für die Beteiligung ein Tattoo. Die gesammelten Anregungen möchte der Kreisverband an die politisch Verantwortlichen weitergeben. Denn Beteiligung beginnt damit, dass jemand zuhört – und endet hoffentlich damit, dass aus Worten auch Taten werden.

Weiter ging die sommerliche Reise des SoVD zu den Informationsveranstaltungen „EIS – Ehrenamt in Schwerin“. Sie finden zweimal im Monat in der Schweriner Stadtbibliothek statt. Interessierte Bürger*innen können sich dort kostenlos über die zahlreichen Möglichkeiten informieren, sich ehrenamtlich zu engagieren. Für den SoVD-Kreisverband ist das eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich und seine Arbeit vorzustellen. Denn: Wer Menschen erreichen will, muss sichtbar sein.



Die Vorstandsmitglieder Volker Großmann und Anke Holst am Infostand auf dem Sommerfest.



Als wäre das alles noch nicht genug, gibt es eine weitere wichtige Nachricht: Der SoVD-Kreisverband Schwerin ist jetzt auch im Altenparlament vertreten. Die Vorbereitungen für das 14. Altenparlament 2027 laufen bereits auf Hochtouren. Für den Kreisverband bedeutet die Beteiligung eine weitere Möglichkeit, die Interessen älterer Menschen einzubringen und sich an politischen Diskussionen zu beteiligen. Denn gute Senior*innenpolitik entsteht nicht am grünen Tisch allein. Sie braucht die Erfahrungen und Stimmen der Menschen, um die es geht.



V. li.: Die stellvertretende Stadtpräsidentin Cordula Manow (Die Linke) gratuliert Andrea Preuß-Borowsky zum neuen Amt.

Darmkrebs-Vorsorge von zu Hause

Sachsen und Thüringen gehören zu den am stärksten von Darmkrebs betroffenen Bundesländern. Frauen und Männer können ab 50 Jahren zweimal eine Darmspiegelung (Koloskopie) im Abstand von zehn Jahren durchführen lassen. Alternativ zur Darmspiegelung können Personen ab 50 Jahren alle zwei Jahre einen Stuhltest machen. Statt eine Stuhlprobe in der Arztpraxis abzugeben, können die Versicherten der AOK Plus sich kostenlos ein Test-Set nach Hause bestellen und ihre Probe per Post einsenden. Alle weiteren Infos und die Bestellung gibt es unter: www.doctorbox.de/aok-plus. *Quelle: AOK Plus*

Auch im Schweriner Seniorenbeirat hat sich in diesem Sommer etwas Entscheidendes verändert. Der SoVD-Kreisverband Schwerin ist dort bereits seit Jahren vertreten. Im Juni wurde die bisherige Vorsitzende Annegret Bemmann abgewählt. Bei den Neuwahlen im Juli 2026 fiel die Entscheidung dann auf Andrea Preuß-Borowsky, die Vorsitzende des SoVD-Kreisverbandes Schwerin. Sie wurde zur neuen Vorsitzenden des Schweriner Seniorenbeirates gewählt.

Für den SoVD ist das ein wichtiger Erfolg, denn damit hat der Verband nicht nur einen Sitz am Tisch, sondern übernimmt auch Verantwortung an der Spitze eines Gremiums, das sich für die Belange älterer Menschen in Schwerin einsetzt.



V. li.: Die 1. Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky, ihre 1. Stellvertreterin Antje Werth und ihr 2. Stellvertreter Edgar Macke.



Kontakt

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Müritz: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, erster Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.



Rechtsberatung

Nordwestmecklenburg (Grevesmühlen): 7.10.; **Parchim:** 14.10. (Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle Rostock); **Schwerin:** 23.10.; **Güstrow:** 28.10. Es berät Doreen Rauch. **Greifswald:** 13.10.;

Rügen: 27.10.; **Röbel:** 27.10. Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.